

Der Vollzugsdienst

3/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Sitzungswoche der BSBD
Bundesleitung und des Bundes-
hauptvorstandes in Berlin**

Zum neuen Seniorenvertreter wird
Winfried Conrad (RLP) berufen

Seite 2

**Erstes Online-Treffen der
Jugendsprecher der BSBD
Landesverbände**

Die Etablierung einer stabilen
Jugendarbeit ist das Ziel

Seite 6

**Ist Schwarz-Grün das
politische Zukunftsprojekt für
Nordrhein-Westfalen?**

CDU und Bündnis-Grüne nehmen
Koalitionsverhandlungen auf

Seite 37

Amtsangemessene Alimentation: Landesbesoldungsgesetze sind genauestens zu prüfen!

Es gelten die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zum Beschluss
des Zweiten Senats vom 4. Mai 2020 (2 BvL 6/17)

Lesen Sie mehr dazu im Beitrag
auf Seite 1 dieser Ausgabe



Foto: unununius/stock.adobe.com



BERLIN



NIEDERSACHSEN



SACHSEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 **Amtsangemessene Alimentation:**
Gesetzentwürfe zum jeweiligen Landesbesoldungsgesetz sind genauestens zu prüfen!
- 2 **Sitzungswoche der BSBD Bundesleitung und des Bundeshauptvorstandes in Berlin**
- 3 **Tagung der Tarifvertreter des BSBD Bund in Königswinter**
- 4 **Frühjahrshauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung in Berlin**
- 5 **Spenden an Betroffene der Flutkatastrophe im Bereich der Justiz Rheinland-Pfalz verteilt**
- 5 **Gewalt, Drogen und der Islam! Herausforderungen an den Justizvollzug in Deutschland**
- 5 **Erstes Treffen der Jugendsprecher der BSBD Landesverbände**

LANDESVERBÄNDE

- 7 **Baden-Württemberg**
- 16 **Bayern**
- 19 **Berlin**
- 23 **Brandenburg**
- 25 **Hamburg**
- 28 **Hessen**
- 33 **Mecklenburg-Vorpommern**
- 34 **Niedersachsen**
- 37 **Nordrhein-Westfalen**
- 51 **Rheinland-Pfalz**
- 54 **Saarland**
- 57 **Sachsen**
- 60 **Sachsen-Anhalt**
- 64 **Schleswig-Holstein**
- 66 **Thüringen**
- 65 **Impressum**



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaefsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2022:



11. Oktober 2022

JVA Zwickau Marienthal wird zum Themenschwerpunkt

Hauptpersonalrat befasst sich intensiv mit der Neueröffnung der JVA Zwickau Marienthal

Im Rahmen der Arbeitsgruppe Justizvollzug wird sich der BSBD verstärkt mit der Vorbereitung der Eröffnung der Justizvollzugsanstalt Zwickau Marienthal befassen. Zum Sachverhalt hatte sich der BSBD Thüringen in der letzten Ausgabe des Vollzugsdienstes geäußert.

Dieses Thema ist auch für die Bediensteten der JVA Zwickau alt und der JVA Zeithain von großer Bedeutung. Beide Vollzugsanstalten sollen im Zuge der Neueröffnung von Zwickau Marienthal geschlossen werden, was zwangsläufig bedeutet, dass die dort tätigen Bediensteten in eine andere Vollzugsanstalt versetzt werden.

Die Aussage, in eine andere Vollzugsanstalt ist hier mit Bedacht gewählt worden. Nach Aussagen der Personalverantwortlichen im Justizministerium soll es keine pauschalen Versetzungen der Bediensteten der zu schließenden Vollzugsanstalten nach Zwickau geben. Vielmehr sollen die Bediensteten die Möglichkeiten erhalten, ihren neuen Dienstort in Einklang mit dem jetzigen Lebensmittelpunkt zu bringen. Dieses ist vor allen von großem Interesse für die dienstälteren Kollegen, die sich im Umfeld ihres Arbeitsplatzes fest sozial und wohnungsmäßig integriert haben. Anscheinend haben die Verantwortlichen aus den Fehlern der letzten Jahre die richtigen Schlüsse gezogen.

Bei den Schließungen der JVA Stollberg und JVA Plauen hatten die Bediensteten kaum eine Möglichkeit, der Versetzung in die JVA Dresden bzw. JVA Regis-Breitungen zu entgehen.

Die Resultate beim Personalübergang und die Formen der Reaktion der Bediensteten dürften noch hinlänglich bekannt sein.

Ein Weg zur Schaffung sozialverträglicher Lösungen ist die in Sachsen geschaffene Versetzungsplattform. Hier können Bedienstete ihre Versetzungswünsche anzeigen. Die Daten sind in Klartext nur für das Justizministerium einsehbar, aber unabhängig davon anonym für andere Bedienstete zum Zwecke des Findens eines Tauschpartners.

Ich denke, es wird jedem klar sein, dass nicht alle Bediensteten der JVA Zeithain auf diesem Weg in heimatnähere Vollzugsanstalten versetzt werden können.

Für die Bediensteten aus der JVA Zwickau alt stellt sich dieses Problem eher nicht. Zudem gibt es auch Bedienstete

aus der JVA Regis-Breitungen, die im Rahmen der Schließung der JVA Plauen dorthin versetzt wurden und in der Eröffnung der JVA Zwickau Marienthal ihre Chance auf größere Heimatnähe sehen. Viele von ihnen nehmen schon seit Jahren längere Anfahrtswege in Kauf oder haben ein Zimmer in Regis-Breitungen oder Umgebung angemietet.

Ein weiterer Punkt, der insbesondere die Kollegen in Zeithain umtreibt, sind die verschiedenen Aussagen zum teilweisen Weiterbetrieb der Vollzugsanstalt. Hier kursieren die verschiedensten Aussagen, die aber alle nicht konkret belegt sind. Ich kenne diese Strohalme, an die man sich gerne klammert, aus der Zeit meiner Tätigkeit in der JVA Plauen. Letztendlich kam im

das zum Funktionieren verurteilt ist. Betrachtet man dazu noch die sinkenden Gefangenenzahlen, kann sich jeder ausmalen, was das für die erforderlichen Haftplatzkapazitäten für Konsequenzen hat. Jeder Kollege sollte aus diesen Tatsachen heraus seine eigenen Schlüsse ziehen.

In diesem Beitrag wurde jedoch ein wichtiger Faktor der neuen Vollzugsanstalt, ohne den sie nicht funktionieren kann, noch nicht betrachtet. Konkret geht es um die Kollegen aus Thüringen, die nach Sachsen versetzt werden sollen. Es ist verständlich, dass diese Kollegen Nachteile befürchten.

Betrachtet man die Besoldungsentwicklung in Sachsen im Vergleich zu Thüringen, steht Sachsen nicht schlecht



Foto: BSBD Sachsen

Die Abbildung zeigt das Gebäude des offenen Vollzuges und den künftigen Eingangsbereich.

August 2007 das Aus für die Vollzugsanstalt, trotz großer Hoffnungen. Hier sind die Verantwortlichen der Politik in der Pflicht, klare Aussagen zu treffen, um den Kollegen Planungs- und Zukunftssicherheit zu geben.

Erheblicher Personalbedarf der JVA Zwickau Marienthal

Baumaßnahmen und Investitionen sind kein Maßstab, an dem man den Verbleib messen kann. Der BSBD will hier keinen Pessimismus verbreiten, aber man darf die Tatsachen auch nicht verleugnen. Die JVA Zwickau Marienthal wird einen erheblichen Personalbedarf haben und sie ist ein Prestigeobjekt,

da. Wir haben hierzu die Besoldungstabellen beider Länder verglichen. Es wird demzufolge für die zu übernehmenden Kollegen wohl keine finanziellen Nachteile geben.

Zudem wird gegenwärtig die Einführung der freien Heilfürsorge geprüft, mit guten Chancen. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass die Thüringer Kollegen bei einer Versetzung nach Zwickau keine Befürchtungen haben sollten, in andere sächsische Vollzugsanstalten versetzt zu werden.

Wichtig für die Thüringer Kollegen ist natürlich auch die Chancengleichheit bei der Besetzung der einzelnen Dienstposten. Hierauf wird der BSBD

ein waches Auge haben, auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Thüringer Kollegen in unserem Verband herzlich willkommen sind.

Gegenwärtig sind verschiedene Kommissionen installiert. Diese betreffen die Bereiche Vollzug, Haushalt und Bau. Für die Kollegen ist die Haushaltskommission von Bedeutung, da sie die Personalplanung beinhaltet.

Die Personalplanung stützt sich auf drei Grundlagen:

1. Erfassung der Dienstposten, die für den Betrieb erforderlich sind.
2. Ermittlung des zur Verfügung stehenden Personals aus den Vollzugsanstalten Zwickau, Hohenleuben, Zeithain sowie bekannte Versetzungsanträge.
3. Ermittlung des Personals, welches zusätzlich erforderlich ist, um den Betrieb aufnehmen zu können.

Ausschreibungen zur Besetzung von Funktionsposten folgen

Konkrete Vorstellungen zur Besetzung von Funktionsposten bestehen wohl noch nicht. Der **BSBD** geht davon aus, dass zur erforderlichen Zeit Ausschreibungen durchgeführt werden.

Wie stellt sich nun der **BSBD** konkret seine Mitwirkung vor. Wir werden die begonnene Zusammenarbeit fortsetzen und wieder intensivieren. Dieses wird Aufgabe der im Herbst auf dem Verbandstag neu zu wählenden Landesleitung sein.

Wir wollen mit dem **BSBD Landesverband Thüringen** im Allgemeinen und den **Ortsverband Hohenleuben** im Besonderen zusammenarbeiten und ein hohes Maß an Transparenz schaffen.

Gleichzeitig wird die **Arbeitsgruppe Justizvollzug** im Hauptpersonalrat der sächsischen Justiz in Hintergrundgesprächen mit den Verantwortlichen in der sächsischen Justiz die aktuellen Entwicklungen abfragen und unsere Erfahrungen mit einbringen.

Erste Gespräche hierzu sind bereits geführt worden und sollen regelmäßig stattfinden.

Wir streben auch eine Zusammenarbeit zwischen unserer Arbeitsgruppe und Vertretern des Vollzuges im neu zu wählenden Hauptpersonalrat in Thüringen an und werden die Problematik in unserem Gremium einbringen.

Der **BSBD Sachsen** wird zu aktuellen Entwicklungen im **Vollzugsdienst** berichten und wünscht abschließend den Kandidaten für die Wahl des HPR viel Erfolg.

Renato Lüpke

Hauptvorstandssitzung des BSBD Sachsen

Treffen in der schönsten Stadt Sachsens

Am 6. Mai 2022 fand die Hauptvorstandssitzung des BSBD Sachsen in Görlitz statt. Dazu hatten der Ortsverband Görlitz sowie der Anstaltsleiter, Herr Rieger in die Justizvollzugsanstalt eingeladen.



Der Hauptvorstand des BSBD Sachsen mit dem Anstaltsleiter der JVA Görlitz, Herrn Frank Rieger.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden **René Selle** richtete der Leiter der JVA Görlitz, **Frank Rieger**, freundliche Grußworte an die Runde und berichtete über die vorherrschenden Bedingungen in der Anstalt.

Reichlich gestärkt mit Kaffee und belegten Brötchen, vielen Dank hierfür an den Ortsverband Görlitz und die Mitarbeiter der Anstaltsküche, wurden nun die Themen besprochen.

So wurde ein Themenkatalog erstellt, um beim nächsten Treffen mit Staatssekretär Herr **Weilandt** die dringendsten Probleme zu besprechen. Dies findet im Juni statt. Über das Gespräch werden wir in der nächsten Ausgabe berichten. Leider war es dem **BSBD Sachsen** bisher noch nicht möglich, direkt mit der Staatsministerin ins Gespräch zu kommen. Wir bleiben aber dran.

Scheinbar setzt ein Umdenken in der Politik ein, denn es soll noch in die-

sem Jahr der Anwärtersonderzuschlag wieder eingeführt werden. Damit soll endlich eine jahrelange Forderung des **BSBD Sachsen** umgesetzt. Nur so können auch die „Besten der Besten“ für die Arbeit im Justizvollzug begeistert werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Verbandstag, der diesen November in Dresden stattfindet. Dazu wurde viel Organisatorisches besprochen.

Hier sei jedes Mitglied, welches sich aktiv in der Gewerkschaftsarbeit einbringen möchte, angesprochen, für einen Sitz in der dann neu zu wählenden Landesleitung zu kandidieren!

Mit seiner hohen Organisationsrate im Justizvollzug und an den Gerichten ist der **BSBD Sachsen** eine starke Kraft im Land und kann sich dadurch immer wieder Gehör in der Politik verschaffen und für Verbesserungen im Arbeitsalltag kämpfen.

Landesleitung BSBD Sachsen

Bekanntmachung der Durchführung des

Verbandstages

des **BSBD Landesverband Sachsen**

Der Landesverband Sachsen zeigt hiermit gemäß § 14 Absatz 5 der Satzung des Landesverbandes Sachsen die Durchführung seines Verbandstages am **11. November 2022** im **Dorinth Hotel Dresden** an.

Die Landesleitung BSBD Sachsen

Nach Küchentisch-Tour nun Politik vom Stammtisch?

SBB lehnt die Verschiebung der Versorgungsausgaben auf kommende Generationen ab

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen weist den von Dirk Panter (SPD) geforderten Stopp der Einzahlungen in Sachsens Generationenfonds zur Deckung künftiger Pensionszahlungen an Beamte, um den sächsischen Haushalt angeblich zu gesunden und aufzustocken, strikt zurück.

„Bei knapper Staatskasse reflexartig an Einschnitte bei der Beamtenschaft, beim öffentlichen Dienst zu denken, weckt Erinnerungen an die in der Vergangenheit in Sachsen getroffenen fatalen Fehlentscheidungen zur Sonderzuwendung und zum Personalabbau.“ warnt **Nannette Seidler**, Landesvorsitzende des **SBB**.

„Es hat vieler Gespräche, erneuter Entscheidungen und einer langen Zeit bedurft, um das hier verloren gegangene Vertrauen in die Politik wieder aufzubauen. Jetzt offensichtlich erneut mit Stammtischparolen punkten zu wollen, empfinden die Beschäftigten des Freistaates als Affront,“ so **Seidler** weiter.

Der **SBB** tritt gemeinsam mit seiner Dachorganisation, dem **dbb beamtenbund und tarifunion**, für eine vorausschauende und generationengerechte nachhaltige Sicherung der zukünftigen Versorgungsausgaben ein.

Wir verurteilen die geplante vollständige Verschiebung der Finanzierung auf kommende Generationen und fordern die Fortsetzung der Parallelität von Zukunftsvorsorge und Investition im sächsischen Haushalt!

Natürlich ist die Absicherung der Pensionen – genau wie die der Renten – eine große Herausforderung für den Staat bzw. jedes Bundesland. Aber es ist auch die Aufgabe des Staates, den Menschen, die ihr Leben dem Wohl des Staates und der Gesellschaft gewidmet haben, eine entsprechende Absicherung des Ruhestandes zu gewährleisten und zu garantieren!

Seit vielen Jahren läuft der Freistaat Sachsen einer konstruktiven und ergebnisorientierten Planung und Umgestaltung der Digitalisierung, einer Reformierung der ländlichen Regionen, einer wirklichen Bildungslandschaft sowie einer ausgewogenen und von allen bezahlbaren Umweltpolitik hinterher.

Mit den jetzt vorgestellten Plänen zur Deckung des milliardenschweren Defizits im sächsischen Landeshaushalt für 2023/2024 schaffte es **Dirk Pan-**

ter, Vorsitzender der **SPD**-Fraktion im Sächsischen Landtag, die zugleich ein Teil der aktuellen Regierungskoalition aus **CDU, Bündnis 90/Die Grünen** und **SPD** ist, den gesamten Öffentlichen Dienst und allem voran die Leistung der Beamtenschaft im Freistaat Sachsen in Frage zu stellen. Mit seiner „bahnbrechenden Lösung“, die bisherigen planmäßigen Einzahlungen in Sachsens Generationenfonds auszusetzen, verspricht er milliardenschwere Investitionen in die Zukunft Sachsens und stellt sich als selbsternannter Heilsverkünder dar.

Weiß der Fraktionschef der sächsischen **SPD** überhaupt, dass der Generationenfonds aus gutem Grund in der Sächsischen Verfassung verankert ist? Sachsen hat sich bewusst dafür ent-



Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, warnt vor Einschnitten im öffentlichen Dienst. Foto: www.sbb.de

schieden, die Hürden für einen Rückgriff auf die angesparten Gelder hoch zu hängen. Zu Recht, wie die Aussagen von Panter vermuten lassen.

„Was würde die **SPD** damit bezahlen? ... Den Breitbandausbau für ein schnelleres Internet und mehr Digitalisierung, bessere Verkehrsverbindungen, die für mehr Mobilität für alle sorgen, Projekte für eine zügige Klima- und Energiewende, Forschung und Anwendung von Zukunftstechnologien und nicht zuletzt Investitionen in moderne Bildungsstrukturen. Man sollte zudem eine stärkere Krankenhausförderung prüfen. Und wir müssen damit in Sachsen Stadt und Land versöhnen...“

Seit 2014 ist die **SPD** in Sachsen in Regierungsverantwortung. Seitdem sind die hier genannten Aufgaben und Pro-

bleme bekannt und es besteht unstrittig Handlungsbedarf. Dafür jedoch plötzlich auf Gelder der Staatsdiener zurückgreifen zu wollen – welch scheinheiliges Ansinnen in der Zeit nach Corona und inmitten der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine.

Mit der im gesamten Bundesgebiet als vorbildlich anerkannten Bildung von Pensionsrücklagen sorgt der Freistaat Sachsen dafür vor, dass unter allen auch noch so ungeplanten gesellschaftlichen Situationen die Pensionen für Sachsens Staatsdiener ohne weitere Belastung zukünftiger Generationen aus dem Staatshaushalt gezahlt werden können.

Im Vergleich zum umlagefinanzierten und durch Milliarden aus dem Staatshaushalt aufgestockten Rentensystem ist diese Vorsorge langfristig durchdacht und abrufbereit.

Sicherlich sind die Art und Weise der Bildung allgemein und zusätzliche gewinnbringende Strategien der Geldanlage immer wieder zu überdenken – aber nicht in Frage zu stellen!

Nachdem seine Parteigenossin **Sabine Friedel** noch bis vor kurzem vergebens durch die Bundesländer zog, um die Lehrerverbeamtung abzuschaffen, nun dieser weitere sozialdemokratische Schritt, einen großen Teil der sächsischen Staatsdiener als die Verursacher der leeren Staatskassen darzustellen. Nachdem die letzte **SPD**-Bastion Berlin nun auch die ersten Lehrkräfte verbeamtet, wird auch dieser Vorstoß nur erneut Unverständnis und Kopfschütteln erzeugen.

Inwiefern **Dirk Panter** überhaupt noch verhandlungs- bzw. wenigstens noch gesprächsbereit ist, deutet seine fast finale Aussage im Interview mit **Gunnar Saft** an: „Wenn es einen besseren Weg gibt als den, den wir vorschlagen, sind wir für alles offen. Wir brauchen dann aber konkrete Argumente und Fakten. Da kann ich von niemand anderem bisher etwas erkennen...“

Einer solchen besseren Erkenntnis bedarf es aus Sicht des **SBB** gar nicht, da der Generationenfonds ein hervorragendes Instrument zur Absicherung künftiger Belastungen für den Staatshaushalt ist.

Michael Jung Pressesprecher und stv. Landesvorsitzender des SBB

Dem vorgenannten schließt sich der BSBD Sachsen uneingeschränkt an.

Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften eintauchen.